

SIPRI YEARBOOK 2005

ARMAMENTS,
DISARMAMENT AND
INTERNATIONAL
SECURITY

Kurzfassung auf Deutsch



Das Internationale Stockholmer Friedensinstitut, SIPRI, ist eine unabhängige Forschungseinrichtung für Friedens- und Konfliktsproblematik, insbesondere für die Problematik der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 in Anerkennung an 150 Jahre ungebrochenen Friedens in Schweden gegründet.

Die Finanzierung des Instituts erfolgt hauptsächlich durch Mittel der schwedischen Regierung nach vorheriger Genehmigung durch das schwedische Parlament. Mitarbeiterstab, Verwaltungsrat und Beratungskomitee sind international zusammengesetzt.

Forschungsziele des Instituts sind:

- Förderung der Transparenz in der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle
- Beiträge zur Prävention und Lösung von Konflikten
- Vermittlung von Information an eine breitere Öffentlichkeit.

SIPRI veröffentlicht seine Forschungsergebnisse in Büchern und im Internet unter <http://www.sipri.org>

Die vorliegende Broschüre gibt eine kurze Zusammenfassung von Fakten und Daten aus dem 853 seitigen

SIPRI Yearbook 2005
Armaments, Disarmament and International Security

Das *SIPRI Yearbook* wird seit 1969 herausgegeben. Es enthält objektive Angaben und neueste Analysen, die von SIPRI-Mitarbeitern und anderen Fachleuten zu allen wichtigen Aspekten von Rüstungskontrolle, Frieden und Sicherheit erstellt wurden. Im Jahressbuch 2005 ist das übergreifende Thema verantwortungsvolle Führung der globalen Gesellschaft, aber auch neue Trends in der Sicherheitspolitik in verschiedenen geografischen und funktionellen Gebieten werden beleuchtet.

Das Jahressbuch wird auf Englisch geschrieben — wie SIPRI's übrige Publikationen — wird aber auch in Arabisch, Chinesisch, Russisch, und Ukrainisch veröffentlicht. Diese Zusammenfassung ist auch auf Englisch, Farsi, Französisch, Russisch, Spanisch und Schwedisch im Internet erhältlich, wie auch Information über neue SIPRI-Publikationen unter:

<http://www.sipri.org/contents/publications/>

Das Jahressbuch kann im Buchhandel gekauft werden, oder im Internet von Oxford University Press, UK über SIPRI bestellt werden:

http://first.sipri.org/non_first/book_order.php

Übersetzung: Evamaria Loose-Weintraub

Inhalt

Euro-Atlantische Sicherheit und seine Institutionen	1
Größere bewaffnete Konflikte	2
Multilaterale Friedensmissionen und Friedensaufbau	4
Parlamentarische Aufsicht internationaler Truppeneinsätze	6
Die Region des Nahen Ostens	7
Lateinamerika und die Karibik	8
Finanzierung von globaler Sicherheit	9
Militärausgaben	10
Waffenproduktion	12
Internationale Rüstungslieferungen	14
Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	16
Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung: die Rolle internationaler Organisationen	18
Chemische und biologische Waffen: Entwicklung und Kontrolle	19
Libyen gibt seine Massenvernichtungswaffen auf	20
Kontrolle der konventionellen Rüstung und militärische Vertrauensbildung	21
Internationale Nichtverbreitung und Abrüstungshilfe	22
<i>Proliferation Security Initiative</i>	23
Exportkontrollen	24
Amerikanische Exportkontrolle	25
Verträge und Abkommen über Rüstungskontrolle	26
Abkürzungen	30

Euro-atlantische Sicherheit und seine Institutionen

- 2004 bemühten sich die transatlantischen Partner weiter, die durch den Irak-Krieg verschlechterten Relationen zu verbessern. USA begann wieder an der multilateralen Arbeit teilzunehmen, obwohl nicht ohne Zögern und mit Versuchen, die Tagesordnung zu setzen.

- Die beiden Hauptargumente des Irak-Krieges (die angeblichen Terroristverbindungen und der Besitz von Massenvernichtungswaffen) haben sich als unbegründet erwiesen. USA erkannte EU als einen unentbehrlichen Partner in der Bekämpfung des Terrorismus, im Zugang zu Geheimdienstinformation und bei der Konflikthantierung. Die amerikanische Präsidentenwahl hatte zur Folge, dass die europäischen Staaten sich bemühen mussten, einen Weg zur Zusammenarbeit mit der Bush-Administration zu finden.

- Widerstand die Sicherheit im Irak zu einer NATO-Aufgabe zu machen besteht weiter. NATO muss seine alte Rolle als Forum für strategische Debatten und Beschlüsse wiedergewinnen.

- EU stärkte seine Rolle als glaubwürdiger Akteur auf sicherheitspolitischer Ebene weiter: *Headline Goal 2010* wird Krisenbewältigung und Verteidigungskapazitäten weiter stärken; die Europäische Verteidigungsagentur wurde gegründet; Gefechtsverbände werden eingeführt und EU's neue militärische Operation in Bosnien-Herzegowina hat begonnen.

- Demokratische Entwicklungen in Russland gingen zurück und es sträubt sich gegen Systemveränderungen, die anderswo in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eintraten. Diese politische Haltung Russlands droht zu weiteren Reibungen in den westlichen Relationen zu führen.

Größere bewaffnete Konflikte

- Alle 19 größeren bewaffneten Konflikte im Jahre 2004 waren innerstaatlicher Natur. Solche Konflikte haben jedoch oft eine regionale oder internationale Dimension und machen daher die Klassifizierung in „interne“ und „externe“ Konflikte fraglich. Trotzdem ist es wichtig, die globalen Dimensionen bei internen Konflikten nicht zu übertreiben.

- 2004 waren viele Konflikte geografisch begrenzt, wie die Entwicklungen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo und in der Aceh-Provinz in Indonesien illustriert haben.

Konflikte in Burundi, Kolumbien und Sudan zeigen, wie eine Vielfalt von Missverhältnissen und verschiedene Rebellgruppen die Hantierung und Lösung interner Konflikte komplizieren können.

- Heutige Konflikte zeichnen sich durch Anwendung unkonventioneller Methoden der kriegsführenden Parteien aus, z. B. massive Gewalt gegen Zivilbevölkerung, wie die Ereignisse in Nepal, Russland (Tschetschenien) und in Uganda demonstrieren.

- Entgegen dem klassischen Verlauf, wo ein interner Konflikt sich oft zu einem zwischenstaatlichen Konflikt entwickelt, zeigten Entwicklungen im Irak unter 2004 anstelle, wie ein internationaler Konflikt sich zu einem vollen internen Konflikt entfalten kann.

Konfliktregionen 2004

Afrika	Asien	Naher Osten
Algerien	Indien (Kashmir)*	Irak*
Burundi	Myanmar (Burma)	Israel
Ruanda	Nepal*	Türkei
Sudan*†	Philippinen†	
Uganda*	Sri Lanka	
Amerika	Europa	
Kolumbien	Russland (Tschetschenien)*	
Peru		
USA		

* Diese 6 Konflikte führten 2004 jeweils zu 1000 oder mehr Toten. Der Konflikt in den USA bezieht sich auf den zwischen dem Al-Qaida-Netzwerk und den USA, sowie seinen Koalitionspartnern ausgetragenen Konflikt.

† In diesen Gebieten fanden jeweils 2 Konflikte statt .

• 2004 wurden 3 neue Konflikte in das Register der größeren bewaffneten Konflikte aufgenommen, oder sie kehrten wieder in das Register zurück: Irak, Ruanda und Uganda. Im Vergleich zu 2003, wo 20 größere bewaffnete Konflikte in 18 Regionen zu verzeichnen waren, waren 2004 sowohl die Anzahl von Konflikten als auch die Anzahl von Konfliktregionen geringer.

• Nur 3 Konflikte — der Krieg gegen das Al-Qaida Netzwerk, Konflikte im Irak und Darfur (Sudan) — sind jüngerem Ursprungs als 10 Jahre.

Multilaterale Friedensmissionen und Friedensaufbau

- Das Jahr 2004 leitete 11 neue multilaterale Friedensmissionen ein, von denen sieben durch regionale Organisationen veranlasst wurden. Neun Operationen waren Nachfolger früherer Friedensmissionen.

- Insgesamt nahmen bis Dezember 2004 über 64 000 Soldaten und Zivilpolizisten, sowie 4000 Zivilpersonal an 21 VN-Einsätzen teil. Dies warf die Frage auf, ob solche Einsatzstärke die institutionelle Kapazität der VN überfordert. Regionale Organisationen und Ad-hoc-Koalitionen führten insgesamt 35 Friedensmissionen durch mit total 225 385 Soldaten und Zivilpersonal.

- Mit diesem Hintergrund wurde im VN-Bericht für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel (*UN High-level Panel on Threats, Challenges and Change*) die Gründung einer Kommission für Friedensaufbau vorgeschlagen.

- Friedensaufbau ist eine wichtige Komponente bei multilateralen Friedensmissionen. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt werden. Man ist überein darüber, welche Aufgabebereiche eingeschlossen werden sollen und in welcher Reihenfolge diese durchzuführen sind. Erste Priorität ist die Fähigkeit eines Staats, die Sicherheit im Lande wieder herzustellen. Danach kommt die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Darauf folgen der soziale und ökonomische Wiederaufbau, sowie Leitung und allgemeine Wahlen. Beteiligung der Lokalbevölkerung ist ausschlaggebend, um die Legitimität des Prozesses zu gewährleisten, eine Tatsache, die häufig übersehen wird.

- Ereignisse in Afghanistan, der Elfenbeinküste, Haiti, Irak und Liberia haben 2004 deutlich die Komplexität beim Friedensaufbau demonstriert.

- Der Aufgabenumfang und die Verantwortung bei Friedensmissionen wirft die Frage auf, wie Friedensmissionen mit mehrdimensionellem Charakter effektiv überwacht werden können. Einige argumentieren für einen minimalistischen Ansatz, wobei sich die Rolle der Weltgemeinschaft darauf begrenzt, Sicherheit zu schaffen, während die restlichen Aufgaben von der Lokalbevölkerung erfüllt werden sollen. Andere sind der Meinung, dass eine Periode der „aufgeklärten Autokratie“, ausgeführt durch externe Akteure, die beste Möglichkeit zum Friedensaufbau in der Nachkriegsordnung bietet.

Multilaterale Friedensmissionen, 2004

Vereinte Nationen, VN	21
Afrikanische Union, AU	3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, GUS	3
Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft von Zentralafrika, CEMAC	1
Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, ECOWAS	1
Europäische Union, EU	5
Nordatlantische Vertragsorganisation, NATO	4
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE	10
Organisation Amerikanischer Staaten, OAS	2
VN sanktionierte Ad-hoc-Koalitionen	6
<i>Total</i>	56

Parlamentarische Aufsicht internationaler Truppeneinsätze

- Zwei-Drittel aller Friedensmissionen, die von den VN initiiert wurden, fanden während des letzten Jahrzehnts statt. Obwohl eine umfangreiche Debatte über ihre Legalität und Legitimität geführt wird, ist weniger Aufmerksamkeit auf die demokratische Verantwortlichkeit und auf die Rolle der volksgewählten Versammlungen gerichtet. Es bestehen Mängel in der parlamentarischen Verantwortlichkeit bei internationalen Friedensmissionen, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

- Nationale Parlamente haben unterschiedliche Möglichkeiten, entsprechende Entschlüsse ihrer Regierungen zu kontrollieren. Weder VN noch *NATO* haben eine „parlamentarische“ Komponente in ihren Strukturen. Das Europaparlament hat nur begrenzten Einfluss auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP), und es ist daher schwierig für nationale Parlamentariker, den Beschlussprozess in der ESDP zu verfolgen.

- „Koalitionen der Willigen“ wie solche, die die militärischen Aktionen in Afghanistan (2002) und im Irak (2003) durchführten, stellen größte Anforderungen an solch eine parlamentarische Aufsicht.

- Kurzfristig kann Verbesserung erreicht werden durch eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen nationalen Parlamenten, verbesserten Methoden bei der Hantierung von Information und, auf internationalem Niveau, durch bessere Berichterstattung an die parlamentarischen Organe, sowie eine größere Rolle für beide, Europaparlament und die nationalen Parlamente, bei der Überprüfung von ESDP.

Die Region des Nahen Ostens

- In der Region des Nahen Ostens sind die politischen Effekte der Globalisierung weniger merkbar, obwohl diese Region sowohl den neuartigen multinationalen Gefahren wie auch älteren, innerstaatlichen Spannungen ausgesetzt ist. Das offensichtliche Sicherheitsdefizit hat in letzter Zeit zu neuen Ansätzen geführt, internationales Engagement und „Regionsbildung“ zu erhöhen.

- Vier multilaterale Fragen befinden sich auf nationalen und bilateralen Tagesordnungen: militärische Anwesenheit und Ambitionen der USA, der Israel-Palestina-Konflikt, Auswirkungen des Irak-Konflikts und Terrorismus.

- Der Golfkooperationsrat (GCC) arbeitet für Integration auf unterschiedlichen Niveaus, u.a. durch militärisches Zusammenordnen, bisher jedoch wenig erfolgreich. Im März 2005 deklarierte die Arabische Liga seine Unterstützung für politische Reformen in der Region. Im Februar 2004 unterzeichneten Algerien, Ägypten, Jordanien und Marokko den Agadir-Vertrag mit dem Ziel, eine Freihandelszone zu schaffen.

- EU, USA und die G8-Gruppe haben in ihrer jüngsten regionalen Initiative alle Demokratie und eine verantwortungsbewusste Regierungsführung betont. Doch scheint EU's „weiche Macht“ weniger zu bewirken als die „harte Macht“ der USA.

- Ungelöste Fragen der zwischenstaatlichen Situation in der Region bestehen weiter: besonders Formen für einen palestinensischen Staat und das neue Irak. Irans Kernwaffenprogramm könnte Instabilität in der Region verstärken, andererseits können aber Kosten einer eventuellen Konfrontation auch zur Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen ermuntern.

Lateinamerika und die Karibik

- Seit den 80iger Jahren sind offenere, ökonomische Modelle in den meisten lateinamerikanischen und karibischen Staaten eingeführt. Neue regionale Strukturen entstanden parallel mit Beendigung zwischenstaatlicher Konflikte und mit der Abnahme von Konflikten interner Natur.

- Die Verteidigungsausgaben der Region fielen seit den 80iger Jahren und zählen jetzt zu den niedrigsten in der Welt. Initiativen zur militärischen Vertrauensbildung sind eingeführt. Kooperative Sicherheit scheint allgemein akzeptiert zu sein.

- Viele lateinamerikanische Länder tragen zur internationalen Friedensbewahrung bei: die Region trägt mit 9,5% am Gesamtpersonal der VN für friedensbewahrende Aufträge bei. Mit Truppen an solchen Aufträgen teilzunehmen ist ökonomisch vorteilhaft und fördert gleichzeitig militärische Reformen.

- In der Region ist USA der wichtigste externe Akteur in Sicherheitfragen. Niveau und Muster amerikanischer Hilfe haben sich geändert. Kolumbien ist jetzt der größte Empfänger von amerikanischer Hilfe für den Kampf gegen Rebellen mit Verbindungen zum Drogenhandel. Sympathie besteht in der Region für USA's Krieg gegen Terrorismus, aber auch Unruhe darüber, dass ausschließlich anti-terroristische Motive hinter USA's Handeln liegen.

- Innerhalb der regionalen Organisationen versuchen Staaten, regionsspezifische Interessen zu fördern. Grundlegende Probleme der Region liegen in ökonomischer Verwundbarkeit und ungleicher Entwicklung, was interne Unruhe schafft. Nur ein starker, einiger, politischer Wille unter den lateinamerikanischen Staaten selber kann diese Schwierigkeiten überwinden.

Finanzierung von globaler Sicherheit

- Der sicherheitspolitische Fokus änderte sich seit Ende des Kalten Krieges von Konfrontation zwischen Supermächten im Norden zur Sicherheitslage der U-Länder im Süden; von territorieller Sicherheit der Staaten zu breiteren, tieferen Sicherheitsdimensionen und globalen Abhängigkeitsverhältnissen. Dies führte zu der Auffassung, dass militärische Mittel häufiger ineffektiv und irrelevant sind, um vielen der heutigen sicherheitspolitischen Gefahren und Herausforderungen begegnen zu können.

- Hier sind globale Handlungen nötig. Im Norden ist man jetzt offener für Argumente, dass es im gemeinsamen Interesse liegt, Probleme und mangelnde Sicherheit im Süden zu lösen. Man hat eingesehen, dass innerstaatliche, bewaffnete Konflikte im Süden internationale Konsequenzen haben.

- Die heutigen Systeme für die Finanzierung der Sicherheit sind für traditionelle, nationale, militärische sicherheitspolitische Ziele aufgebaut. Neue Typen der öffentlichen Ausgabenkategorien sind notwendig, die solche nicht-militärischen, internationalen Ausgaben für Frieden und Sicherheit berücksichtigen.

- Internationale Finanzierung von Frieden und Sicherheit auf breiterer Ebene als bisher fordert neue Denkweisen bei Verteilung der Ressourcen. So eine veränderte Nord-Süd Verteilung von Mitteln muss auf das Eigeninteresse des Nordens bauen. Bessere Kenntnisse darüber, wie Sicherheit gefördert und bewaffnete Konflikte verhindert werden können, sind notwendig, sowie umfassende Verbreitung solcher Kenntnisse, um größere Investitionen in die Sicherheit ferner Länder zu motivieren.

Militärausgaben

- 2004 beliefen sich die Militärausgaben weltweit auf 1035 Mrd. USD. Dies ist gerade 6% niedriger (in realen Werten) als in den Jahren 1987–88, als die Militärausgaben des Kalten Krieges am höchsten waren. Global gesehen entspricht dies 162 USD per capita und 2,6% vom weltweiten BNP. Es bestehen aber große Unterschiede zwischen einzelnen Regionen und Ländern.

- Die durchschnittliche jährliche Anstiegsrate der Militärausgaben weltweit zwischen 1995–2004 betrug 2,4% in realen Werten. Dies schließt die Reduzierung der Militärausgaben nach Ende des Kalten Krieges ein, die seine Höhe um 1988 erreichte, sowie einen nach 1988 beginnenden steigenden Trend.

- Eine Beschleunigung der Anstiegsrate mit durchschnittlich 6% per Jahr erfolgte unter der Periode 2002–2004. USA nimmt 47% der totalen weltweiten Militärausgaben ein und ist somit der wichtigste Faktor dieses Trends. USA's Militärausgaben stiegen rasch unter der Periode 2002–2004 als Resultat des „globalen Krieges gegen Terrorismus“, besonders durch die militärischen Operationen in Afghanistan und im Irak. Ergänzungsanschlüsse für diese Operationen unter 2003–2005 beliefen sich auf 238 Mrd. USD und überstiegen die totalen Militärausgaben für alle Entwicklungsländer unter 2004 (214 Mrd. USD).

- Unter 2004 wuchs die Debatte über die Aufrechterhaltung derzeitiger amerikanischer militärischer Einsätze. Fragen wurden gestellt, ob Militärausgaben einen beitragenden Effekt am wachsenden Budgetdefizit habe, und welchen Einfluss dies auf das zukünftige wirtschaftliche Wachstum hat. Eine

weitere Befürchtung ist, ob Militärausgaben andere, nicht-militärische, staatliche Ausgaben eventuell verdrängen. Die Debatte hat sich verschärft aufgrund der Unsicherheit bei zukünftigen Ausgabentenden für militärische Operationen im Irak.

- Man ist zur Erkenntnis gekommen, dass Sicherheit eine Voraussetzung für haltbare Entwicklung ist. Dies führte zu der Debatte, wie Geberländer die Umwandlung des Sicherheitssektors in Empfängerländern unterstützen können.

- Gewisse Länder befürchten dass, falls die Definition der offiziellen Entwicklungshilfe erweitert wird und auch sicherheitsrelatierte Maßnahmen einschließt, die Unterstützung im sozialen und ökonomischen Bereich beeinträchtigt wird, und das sogar zu einer Art Entwicklungshilfe führen kann, wie sie während des Kalten Krieges bewilligt wurde, wo die Entwicklungspolitik der Geberländer oftmals von ihren strategischen Interessen gesteuert wurden.

- Zwei laufende Programme zur Unterstützung der Sicherheit in krisenanfälligen Entwicklungsländern (USA's Hilfe nach Kolumbien und Großbritanniens Unterstützung des Sicherheitssektors in Sierra Leone) sind Beispiele mit sehr verschiedenen Richtungen und Resultaten, aus denen Lehren für zukünftige sicherheitsrelatierte Entwicklungshilfe gezogen werden können.

Waffenproduktion

- Die totalen Verkäufe militärischer Geräte und Dienstleistungen der 100 größten Rüstungsbetriebe der Welt beliefen sich 2003 auf 236 Mrd. USD. Die 5 größten Betriebe standen für 44% dieser Summe. Die 100 leitenden Rüstungsbetriebe haben 2003 ihren gesamten Verkauf um 25% erhöht.

- In den USA passt sich die Rüstungsindustrie den neuen Forderungen an, die durch Umwandlung der Verteidigung, Privatisierung militärischer Dienstleistungen und der zunehmenden Bedeutung des *homeland security*-Sektors eintreten. In Europa liegt der Schwerpunkt auf inner-europäischer Konsolidierung, um dadurch Zugang zum expandierenden amerikanischen Markt zu bekommen.

- Der Konzentrationsprozess innerhalb der Verteidigungsindustrie hat sich seit Ende der 90iger Jahre verlangsamt. Mega-große Zusammenschlüsse herrschen nicht länger als Muster für den Erwerb von Betrieben: 2003 fanden 6 Aufkäufe statt, wobei der Wert des Geschäfts jeweils 1 Mrd. USD überstieg, während 2004 nur 1 Erwerb bei gleicher Größenordnung durchgeführt wurde.

- Unter dem letzten Jahrzehnt wuchsen die größten waffenproduzierenden Unternehmen größtmässig enorm, vorwiegend durch Aufkauf. Die größten Unternehmen entwickelten sich zu bedeutenden ökonomischen Einheiten, sogar nach globalen Maßstäben. Der Wert ihrer Rüstungsverkäufe übersteigt das BNP der meisten einkommensschwachen Länder, und ihr gesammelter Verkauf kann mit dem BNP mittelgroßer, entwickelter oder industrialisierter Länder gleichgestellt werden.

- Mit wachsendem *outsourcing* von Dienstleistungen in der Verteidigung spezialisiert sich eine zunehmende Anzahl der

Umsatz der 5 größten Rüstungsbetriebe der Welt (mit Ausnahme von China), 2003

1 Lockheed Martin (USA)	24,9 Mrd. USD
2 Boeing (USA)	24,4 Mrd. USD
3 Northrop Grumman (USA)	22,7 Mrd. USD
4 BAE Systems (UK)	15,8 Mrd. USD
5 Raytheon (USA)	15,5 Mrd. USD

größten 100 Rüstungsbetriebe auf Dienstleistungen. Der Irak-Krieg hat den Anteil dieser Unternehmen in der Rüstungsindustrie erhöht.

- Unter 2004 setzten Konsolidierungsversuche der europäischen Marine-Schiffsbauindustrie fort. Man versucht, innerhalb der Marine ein transeuropäisches Gegenstück zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) zu bilden und konsolidiert die britische Schiffsbauindustrie. Jedoch wurden wenige Fortschritte gemacht und die zukünftigen Strukturen der europäischen Schiffsbauindustrie sind weiterhin unsicher.

- Unternehmen erstatten selten Rechenschaft über den militärischen Anteil ihrer Umsätze, während Angaben über den militärischen Anteil ihrer Produktion vorwiegend unbedinglich sind.

- Mangel an Transparenz erschwert politische und öffentliche Diskussionen über Rüstungsproduktion und Rüstungslieferungen. Forderungen an Betriebe, ihre Rüstungsverkäufe anzumelden, sind schwach, und die derzeitigen Angaben über Rüstungsverkäufe vermitteln die Unternehmen auf völlig freiwilliger Basis. Umfassende, regelmäßige, standardisierte Meldungen können nur durch international angeglichenen Gesetzgebung für eine solche Meldepflicht der Rüstungsbetriebe erreicht werden.

Internationale Rüstungslieferungen

- Der seit 1997 rückläufige Trend bei internationalen Waffenüberführungen wechselte von einem mehr oder weniger stabilen Trend 2000–2002 zu einem leichten Aufwärtstrend 2003–2004.

- Russland ersetzte während 2000–2004 die USA als größten Rüstungslieferanten. Man erwartet aber einen Rückgang der russischen Rüstungsexporte in naher Zukunft.
- China und Indien waren 2004 die beiden größten Rüstungsempfänger. China ist weiter hauptsächlich vom russischem Rüstungsimport abhängig, zur Zeit von Komponenten und Technologie, anstelle von vollständigen Waffen. Indien ist ein weiterer großer Kunde Russlands, aber hier hat Russland jetzt starke Konkurrenz.

- Relationen zwischen EU und USA verschlechterten sich 2004 wegen Fragen der Technologie-Überführung. USA stellte sich zweifelnd, Technologie mit nahen europäischen Alliierten zu teilen, sogar wenn es sich um *joint ventures*, wie z.B. das *F-35 Joint Strike Fighter*-Projekt handelt.

- EU's Plan, das Waffenembargo gegen China zu heben, strengte Relationen zwischen EU und USA weiter an. USA hat gedroht, Sanktionen gegen EU einzuführen, falls das Embargo aufgehoben wird.

- Der öffentliche Einblick bei Ausfuhr von Rüstungsgütern hat zugenommen, besonders innerhalb der EU, wo mehrere Länder ihr Meldesystem verbessert haben, und wo die 10 neuen Mitgliedsstaaten in Vereinbarung mit EU's Verhaltenskodex für Waffenausfuhr Meldepflicht haben. Internationale Ausfuhren tragbarer Luftabwehrsysteme und leichter Geschütze müssen jetzt zum *VN-Register Über Konventionelle Waffen* gemeldet werden.

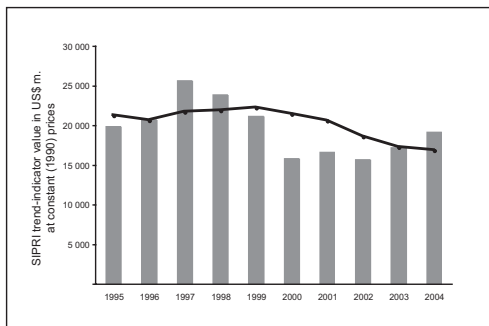
Die 5 führenden Exporteure größerer konventioneller Waffen, 2000–2004*

Anteil am Weltexport

1 Russland	34%
2 USA	31%
3 Frankreich	8%
4 Deutschland	6%
5 Großbritannien	5%

* Exporte von EU-Ländern an Länder außerhalb der EU betragen 19% aller Exporte unter 2000–2004 und macht die EU zum 3-größten Rüstungsexporteur.

Trend bei Lieferungen größerer konventioneller Waffen, 1995–2004



Das Histogramm zeigt jährliche Gesamtwerte, die Kurve wechselnde Durchschnitte über einen Zeitraum von 5 Jahren. Durchschnittswerte von 5 Jahren werden im letzten Jahr des entsprechenden Zeitraums grafisch dargestellt.

Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

- Entwicklungen in 2004 weckten ernsthaft die Frage über die Zukunft des atomaren Nichtverbreitungsregimes und des Nichtverbreitungsvertrags von 1968 (NPT).

- Ein heimliches internationales Netzwerk mit dem pakistanischen Kernphysiker A. Q. Khan als Zentrafigur wurde entschleiert, welches Kerntechnologie und Expertise an Iran und Libyen und eventuell andere Länder geliefert hat. Man befürchtete jetzt, dass Kernwaffenkapazitäten an nicht-staatliche und staatliche Akteure verbreitet werden, und dies spornte zu neuen Initiativen an, um illegale Überführungen zu verhindern.

- Die Debatte über Irans nukleares Programm dauert an. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) meldete weitere Details über Irans Versäumnis, Rechenschaft über seine nuklearen Aktivitäten abzulegen. Begrenzte Fortschritte wurden bei Gesprächen über das zukünftige nukleare Programm von Nordkorea gemacht.

- Vorschläge wurden unterbreitet, um Mängel im Nichtverbreitungsregime zu beheben. Besonderes Interesse besteht an einer Überprüfung der Garantie im Nichtverbreitungsvertrag, wobei Länder, die keine Kernwaffen besitzen, Material und Technologie importieren können, um zivile Kernenergieprogramme zu entwickeln. Dies weckte Interesse an multinationalen Lösungen bei der Hantierung des globalen nuklearen Brennstoffkreislaufs.

- Gewisse positive Entwicklungen konnten 2004 notiert werden: Libyen realisierte seine Zusage, seine MVW und Raketenabwehrprogramme nachweislich abzubauen (siehe Seite 20).

Weltweite Nuklearmächte: Anzahl der Sprengköpfe, Januar 2005

<i>Land</i>	<i>Jahr des ersten Atomtests</i>	<i>Einsetzbare Sprengköpfe</i>
USA	1945	4 896
Russland	1949	7 360
Großbritannien	1952	185
Frankreich	1960	348
China	1964	ca. 400
Indien	1974	30–40
Pakistan	1998	30–50
Israel	–	ca. 200
<i>Insgesamt</i>		<i>ca. 13 470</i>

- Von den operativ einsetzbaren Beständen atomarer Waffen der USA sind 4216 strategische und 680 nicht-strategische Sprengköpfe. Von den operativ einsetzbaren russischen Beständen bestehen 3980 aus strategischen und 3380 aus nicht-strategischen Sprengköpfen. Vermutlich sind die atomaren Arsenale von Indien, Israel und Pakistan nur teilweise operativ.

- Anfang 2005 gab es schätzungsweise insgesamt 13 470 operative Sprengköpfe. Zählt man alle atomaren Sprengköpfe der Welt zusammen — einschließlich des nicht-operativen Materials und den aktiv und inaktiv gelagerten Beständen — belaufen sich die Atomwaffenbestände der 8 Atomwaffenländer auf ca. 27 600 Sprengköpfe.

Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung: die Rolle internationaler Organisationen

- Anwendung von Gewalt, um Irak zur Einhaltung von VN-Resolutionen zu zwingen mit dem Ziel, Anwendung von illegalen nuklearen, biologischen und chemischen (NBC) Waffenprogrammen und deren Liefersysteme zu verhindern, führte zu tiefer Uneinigkeit. Die militärische Aktion und seine Nachwirkungen zeigen verstärkt, dass eine stabile und friedliche Weltordnung effektive Kontrolle der NBC-Waffen fordert.

- Wenig Fortschritte gab es bei der multilateralen Rüstungskontrolle. Gemachte Versuche fanden meist informell in politischer Zusammenarbeit statt. Unter 2004 versuchte man jedoch, die globalen Prozesse zu stärken.

- Im April 2004 nahm der Sicherheitsrat der VN Resolution 1540 an. Diese fordert die Mitgliedsstaaten zur Annahme und Durchführung von Gesetzen auf, die nicht-staatlichen Akteuren die Herstellung, Beschaffung, Besitz, Entwicklung, Transport, Überführung oder Anwendung von NBC-Waffen und seinen Abschussmechanismen verbietet. Ferner werden Staaten ersucht, nationale Gesetze für Exportkontrolle, und auch gegen den Transport von verbreitungsempfindlichem Material über Nationsgrenzen zu stiften.

- Der VN-Reformbericht über Bedrohung, Herausforderung und Wandel unterstrich die Notwendigkeit einer effektiven Kontrolle von Kernwaffen und nuklearem Material, sowie Maßnahmen, um Bedrohungen des nuklearen Terrorismus zu vermindern. VN-Generalsekretär Kofi Annan konstatierte, dass das globale nukleare Nichtverbreitungsregime sich in einer empfindlichen Lage befindet und regte zu schnellem Handeln, gemäß den Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe an (siehe auch Seite 16).

Chemische und biologische Waffen: Entwicklung und Kontrolle

- 2004 hielten Mitglieder der 1972 B-Waffenkonvention (BTWC) ihr zweites jährliches Treffen für Experten und Politiker. Man diskutierte eventuelle Verbesserungen der internationalen Möglichkeiten, um bei vermuteter Anwendung von biologischen Waffen und Toxinwaffen, oder verdächtigten Ausbrüchen von Krankheiten, reagieren zu können. Man überlegte auch, wie Überwachung, Entdeckung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten verstärkt werden können.

- Als Antwort auf den Mangel an ausreichender Kontrolle zur Einhaltung der BTWC schlugen einige Vertragsstaaten vor, die Auktorität vom Generalsekretär der VN anzuwenden, um eine vermutete Anwendung von B-Waffen zu untersuchen. Andere Vertragsstaaten der Konvention widersetzten sich bestimmt, diesen Punkt bei ihren BTWC-Treffen aufzugreifen.

- Zerstörung chemischer Waffen setzte fort. Von 71 373 t Kampfstoff, die Mitglieder der C-Waffenkonvention deklarierten, sind bis Januar 2005 10 698 t nachweisbar zerstört worden. Weitere internationale Hilfe für die Vernichtung der russischen Lager wurde 2004 zugesagt (siehe Seite 22).

- Kontroversen darüber, was vor dem Irak-Krieg bekannt oder nicht bekannt war bezüglich Aktivitäten und Stärke von Iraks Kern- und NBC-Waffen, setzten fort. 2004 wurde auf eine Anzahl offizieller Anfragen über die Handierung von Geheimdienstinformation Berichte abgegeben. Ein gemeinsames Element in den Berichten war, dass die vor dem Krieg durchgeführten Beurteilungen unbegründet waren und sich auf kein Beweismaterial stützten.

Libyen gibt seine Massenvernichtungswaffen auf

- Libyen deklarierte im Dezember 2003, dass es auf seine NBC-Waffen verzichte und nur ballistische Flugkörper mit einer Reichweite von weniger als 300 km besitze. Im September 2004 verkündete die USA, dass der Abbau von Libyens NBC-Waffenprogramm „im wesentlichen abgeschlossen ist“.

Eine Reihe Faktoren wurden genannt, um Libyens Entschluss zu erklären. USA gibt als Erklärung die kraftvolle amerikanische Haltung im Kampf gegen Verbreitung von NBC-Waffen an. Andere sehen es als Teil eines langsichtigen Versuches von Libyen, seine politische und ökonomische Isolierung zu brechen.

- Der Verifikationsprozess hat gezeigt, dass früher veröffentlichte Informationen über Libyens biologische- und kernwaffenrelatierte Aktivitäten nicht der wirklichen Situation entsprachen; Informationen über ihr Raketenprogramm und chemisches Waffenprogramm waren genauer.

- Libyen erhielt ansehnliche ausländische Hilfe bei der Beschaffung von empfindlicher Kerntechnologie und Komponenten. Ein großer Teil wurde durch Khans Netzwerk bereitgestellt (siehe Seite 16).

- Keine konkreten Beweise für ein offensives, biologisches Waffenprogramm wurden enthüllt. Libyen meldete seinen Bestand von chemischen Waffen und erklärte, dass solche Waffen niemals übertragen wurden.

- Ein Großteil von Libyens ballistischem Raketenbestand waren veraltete, importierte sowjetische Sprengköpfe. Die Entwicklung von Libyens Raketenprogramm wurde durch Sanktionen der VN behindert.

Kontrolle der konventionellen Rüstung und militärische Vertrauensbildung

- 2004 nahm *NATO* 7 neue Mitglieder auf. Dies verstärkte Russlands Besorgnis, sich in einer verschlechterten Sicherheitslage zu befinden. Russland zeigte eine versöhnende Geste durch die Ratifizierung des 1999iger Abkommens über Anpassung an den Vertrag von 1990 über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag). *NATO's* Mitglieder und andere Staaten weigerten sich, das Abkommen zu ratifizieren, bevor Russland seine Verpflichtung erfüllt und Truppen aus Georgien und Moldova zurückzieht.

- Das „harte“ Regime der konventionellen Rüstungskontrolle witterte erfolgreich *NATO's* Erweiterung und die damit verbundenen Probleme der Nichtdeckung der Baltischen Staaten im KSE-Vertrag.

- 2004 entwickelte sich die regionale Waffenkontrolle reibungslos. Erreichte Fortschritte erlaubten der OSZE, das Abkommen von 1996 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien–Herzegowina aufzuheben. Die OSZE-Mitgliedsstaaten konzentrieren sich weiter auf gewisse normbildende Maßnahmen, um neuen Risiken und Herausforderungen in Europa besser begegnen zu können.

- 2004 ratifizierten Kroatien und Slowenien den Vertrag von 1992 über den Offenen Himmel. Im February 2005 zeigte die Überprüfungskonferenz, dass viele Staaten die erreichten Leistungen unter diesem Vertrag schätzten, trotz Unvermögen, sich zu einem Schlussdokument einigen zu können.

- Die Weltgemeinschaft kämpft weiter gegen inhumane Waffen. 2004 stieg die Bedeutung der humanitären und militärischen Regelwerke weiter, was zu einer weltweiten Reduzierung der Landminen beitrug.

Internationale Nichtverbreitung und Abrüstungshilfe

- Als Teil in den internationalen Nichtverbreitungsanstrengungen bietet eine zunehmende Reihe von Ländern praktische Hilfe zur Sicherstellung oder Beseitigung von NBC-Waffen und seiner Trägersysteme an. Die Praxis von internationaler Nichtverbreitungs- und Abrüstungshilfe (*INDA*) entwickelt sich von einem Krisenprogramm aus der Zeit vor Auflösung der Sowjetunion zu einem breiteren, internationalen Programm, das neue Geberländer, neue Empfängerländer und neue Aktivitäten einbezieht.

- Die meisten *INDA*-Programme fanden bisher in Russland statt. Besonders USA und Russland haben wichtige bilaterale Programme entwickelt, aber auch andere Länder geben bedeutende Beiträge. Von Russland gestartete Programme spielen auch eine wichtige Rolle.

- Die wichtigsten Initiativen sind weiterhin bilateral; einige Programme, die jetzt ausgewertet werden, sind zu teuer und kompliziert für eine bilaterale Durchführung. Die G8-Gruppe ist seit 2002 im *INDA*-Programm engagiert und verstärkte seine Aktivitäten unter 2004. EU und seine Mitgliedsländer versuchen, eine effektivere und einheitlichere Rolle im *INDA*-Programm zu spielen.

- *INDA*'s Erweiterung im geografischen und funktionellen Bereich kann zur „Stunde der Wahrheit“ führen und eine Reihe langjähriger Projekte, wie z. B. das der Veräußerung von Plutonium, dessen Bedeutung für die Nichtverbreitung zwar offenbar ist, aber bisher zeigte, dass seine Durchführung unmöglich ist, vorwärts treiben.

Proliferation Security Initiative

- Unruhe über Verbreitung von Massenvernichtungswaffen an Staaten und nicht-staatliche Akteure führte zu wachsender Übereinstimmung über einen Bedarf nach kraftvollen Maßnahmen. Solche Maßnahmen schließen ein Abfangen von Waren und Technologien unter Transport ein.

- Der *So San*-Zwischenfall 2002 zeigte, dass das Völkerrecht wichtige Grenzen für ein Aufhalten solcher Aktivitäten setzen kann. Als Reaktion darauf kündete US Präsident George W. Bush im May 2003 eine neue, multilaterale Initiative zum Abfangen und Beschlagnahme illegaler Waffen und Raketentechnologien an: *Proliferation Security Initiative (PSI)*.

- 2003–2004 entwickelte sich die *PSI* in raschem Takt. Sein *Statement of Indiction Principles* hat Prinzipien festgelegt, wie Schiffe aufgehalten werden können, die verdächtigt werden, Massenvernichtungswaffen und Komponenten für solche Waffen zu frachten. Die Prinzipien stimmen größtenteils mit dem geltenden Völkerrecht überein. Es wirkt, als ob die Entwicklung von *PSI* den Schwerpunkt von einer Veränderung in der internationalen und nationalen Gesetzgebung in Richtung auf Handlungen unter geltenden Rechtsregeln verschiebt.

- *PSI*-Staaten haben versucht, völkerrechtliche Stütze durch Resolutionen im Sicherheitsrat der VN, oder durch Ergänzungen zu Konventionen, die nicht direkt über grundlegende Regeln und Prinzipien des Meeresrechts handeln, zu erhalten. Um Legitimität zu etablieren, muss *PSI* weitere Teilnehmer einschließen und direkt auf den relevantesten Vertrag fokussieren, nämlich die VN Konvention von 1982 über das Meeresrecht.

Exportkontrollen

- 2004 erkannten mehrere Länder, dass es im eigenen Interesse lag, effektive und nationale Exportkontrollen aufrecht zu erhalten. Unvermögen der Staaten, eine solche Kontrolle einzuführen, hatte früher einmal zu Iraks Waffenprogramm beigetragen. Unsicherheit über den Status dieser Kontrollprogramme wurde ein kritischer Faktor und trug u.a. zur Krise bei, die zum Irak-Krieg führte.

- Unruhe über das Heranwachsen neuer Lieferanten von Technologien, die relevant für Entwicklung oder Produktion von NBC-Waffen sind, stieg, nachdem die Aktivitäten von Khans Netzwerk veröffentlicht wurden (siehe Seite 16).

- Verstärkung der nationalen Exportkontrolle ist wichtig für ein verbessertes und breiteres Nichtverbreitungsregime. Ein Bedürfnis nach koordinierten, kapitalkräftigen und zielgerichteten Entwicklungsprogrammen als Hilfe für Länder, um effektivere Exportkontrollen einführen zu können, ist bei der EU, den VN, der G8-Gruppe und dem Wassenaar-Arrangement gewachsen.

- EU's Mitgliedsländer überprüften die nationale Implementierung der gemeinsamen gesetzlichen Grundlagen für die Exportkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. EU führte auch eine Überprüfung seines Verhaltenskodex für Waffenexporte von 1998 durch mit dem Resultat, im Jahre 2005 Änderungen im Kodex zu introduzieren.

- Eine Methode, die Übereinstimmung der Exportkontrollen bei Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und rüstungsrelatierten Geräten innerhalb der EU zu verbessern, ist die Zusammenführung der technischen Ressourcen und Information über den Endverbrauch. Ein anderer Weg wäre,

gemeinsame Ausbildung für Lizenzbewilligung und deren Vollzugsbeamten einzurichten, was auch bei anderen Entwicklungsprogrammen für EU's Nachbarländer angewandt werden kann.

Amerikanische Exportkontrolle

- USA ist der größte Rüstungslieferant und hat einen großen Einfluss auf den globalen Rüstungshandel.
- USA's Rüstungshandel wird durch eine Kombination von Vorschriften und Präsidentdirektiven gesteuert. Überführungen werden vom Auswärtigen Amt und vom Verteidigungsministerium verwaltet und diese sind auch für die Überwachung des Endverbrauchs verantwortlich.
- Übersicht garantieren der amerikanische Kongress und das *US Government Accountability Office (GAO)*. In einem Gutachten von Januar 2004 kritisierte GAO das Auswärtige Amt für die Überwachung des Endverbrauchs bei Exporten von Marschflugkörpern und unbemannten Luftfahrzeugen.
- Auseinandersetzungen in jüngster Zeit gelten einem Vorschlag, wobei gewisse britische und australische Unternehmen auf die Erfordernis einer Lizenz verzichten können; weiterhin der Frage von Rüstungsverkäufen im „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“.

Verträge und Abkommen über Rüstungskontrolle, Abrüstung sowie über das humanitäre Recht in bewaffneten Konflikten, Januar 2005

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll)
- 1948 Vertrag über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung unter westeuropäischen Staaten (Brüsseler Vertrag)
- 1948 Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermords (Genozid-Konvention)
- 1949 Genfer Abkommen (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1954 Protokolle zum Brüsseler Vertrag von 1948 (Pariser Abkommen über die Westeuropäische Union)
- 1959 Antarktis-Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, Weltraum und unter Wasser (Teiltteststoppvertrag)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraum-Vertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (engl. Non-Proliferation Treaty, NPT)

- 1971 Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio/Toxin-Waffen-Übereinkommen, engl. BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Atomwaffentests
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernplosionen zu friedlichen Zwecken
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (Enmod-Konvention)
- 1977 Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen von 1949 zum Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte
- 1977 Zusatzprotokoll II zu dem Genfer Abkommen von 1949 zum Schutz der Opfer nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Konvention zum physischen Schutz von Nuklearmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot und die Beschränkung der Verwendung bestimmter konventioneller Waffen, die als außerordentlich zerstörerisch betrachtet werden (CCW-Übereinkommen, oder Konvention über „inhumane Waffen“)

- 1985 Vertrag über die nuklearfreie Zone Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduktion und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (START I Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (engl. Open Skies Treaty)
- 1992 Die Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-1A Abkommen)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen Konvention)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Bosnien-Herzegowina
- 1996 Revidiertes Protokoll II (zur Konvention von 1981 über „inhumane Waffen“), über Verbote gegen oder Restriktionen bei der Anwendung von Minen, Schreckladungen und anderen Vorrichtungen
- 1996 Abkommen über subregionale Waffenkontrolle bezüglich Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Bosnien-Herzegowina, und Kroatien (Abkommen von Florenz)

- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen über illegale Herstellung und Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoff und anderes, ähnliches Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (APM-Konvention)
- 1999 Inter-amerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument von 1999 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2001 Schlussdokument der Verhandlungen nach Artikel V des Anhangs 1-B des allgemeinen Rahmenabkommens über Frieden in Bosnien-Herzegowina von 1995
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT)

Nicht in Kraft getretene Verträge, Januar 2005

- 1972 Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-Vertrag): seit 13. Juni 2002 nicht mehr in Kraft
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II Vertrag)
- 1996 Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Vertrag über umfassende Atomteststopps
- 1999 Abkommen über den Vertrag von 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)

Abkürzungen

BNP	Bruttonationalprodukt
B-Waffen	Biologische Waffen
C-Waffen	Chemische Waffen
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
G8	Gruppe der 8 wichtigsten Industrienationen
GAO	<i>Government Accountability Office</i>
GCC	<i>Gulf Cooperation Council</i> (Golf Kooperationsrat)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
INDA	<i>international non-proliferation and disarmament assistance</i> (Internationale Nichtverbreitungs- und Abrüstungshilfe)
KSE	(Vertrag über) konventionelle Streitkräfte in Europa
NATO	<i>North Atlantic Treaty Organization</i> (Nordatlantische Vertragsorganisation)
NBC	nukleare, biologische und chemische (Waffen)
NPT	<i>Non-Proliferation Treaty</i> (Nichtverbreitungsvertrag)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PSI	<i>Proliferation Security Initiative</i>
VN	Vereinte Nationen



Verwaltungsrat

Botschafter Rolf Ekéus, Vorsitzender (Schweden)

Sir Marrack Goulding, stellvertr. Vorsitzender
(Großbritannien)

Dr. Alexei G. Arbatov (Russland)

Dr. Willem F. van Eekelen (Niederlande)

Dr. Nabil Elaraby (Ägypten)

Rose E. Gottemoeller (USA)

Professor Helga Haftendorn (Deutschland)

Professor Ronald G. Sutherland (Kanada)

Direktor/in

Direktorin

Alyson J. K. Bailes (Großbritannien)

© SIPRI 2005

Ingenjörskopia, Stockholm

SIPRI YEARBOOK 2005

ARMAMENTS, DISARMAMENT AND INTERNATIONAL SECURITY

Die 36. Auflage des SIPRI Jahresbuchs analysiert die Entwicklungen des Jahres 2004 innerhalb von

- Sicherheit und Konflikten
- Militärausgaben und Aufrüstung
- Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

mit ausführlichen Anhängen über Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen sowie eine Chronologie über Ereignisse innerhalb der Sicherheits- und Rüstungskontrolle.

Kontakt für weitere Information



Stockholm International Peace Research Institute

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna
Schweden

Telefon: +46 8/655 97 00
E-mail: sipri@sipri.org
Internet: <http://www.sipri.org>
Fax: +46 8/655 97 33